

Was wurde eigentlich aus ... „Schöner Wohnen“?

Perspektiven der Wohnungspolitik

Elisabeth Springler

Abstract

Das Gut Wohnen ist in den letzten Jahrzehnten durch einen steigenden Grad der Kommodifizierung geprägt. Dieser umfasst die Frage der Bodenbeschaffung und -mobilisierung, die Produktion und auch die Vermarktung von Wohneinheiten in Eigentum und Miete. Auch wenn Österreich im internationalen Vergleich einen stark ausgeprägten sozial geschützten Mietwohnungssektor aufweist, sind steigende Wohnpreise als Resultat der Kommodifizierung zu beobachten und lassen den Schluss zu, dass insbesondere am freien Wohnungsmarkt der Druck auf Preise und Mieten hoch ist.

Einleitung

Das letzte Wohnkonjunkturpaket wurde 2024 unter der damaligen Regierungsbeteiligung von ÖVP und Grünen beschlossen. Rund 2,5 Mrd. Euro sollten in den Wohnungsmarkt fließen (Parlament Österreich 2024), vornehmlich um Eigentum zu schaffen und die konjunkturelle Flaute der Baubranche zu verringern. Haben wir noch immer die gleichen wohnungspolitischen Probleme, sowie Wünsche und Vorstellungen von den konjunkturellen Heilkräften des Konjunkturmotors Wohnen wie in der Vergangenheit?

Zwar sind die wesentlichen Argumentationen der heutigen politischen Forderungen vergleichbar mit dem Heft „Schöner Wohnen? Perspektiven der Wohnungspolitik“ aus 1993, der Blickwinkel hat sich jedoch geändert. Lag früher der Fokus auf der Befriedigung der primären Wohnraumnachfrage, steht heute die Verringerung der Spekulation und damit die Verringerung der abgeleiteten Wohnnachfrage im Mittelpunkt. Gleichzeitig ist die Steigerung der Leistbarkeit von Wohnraum dringlicher denn je.

Schöner Wohnen? Perspektiven der Wohnungspolitik – Perspektiven der ersten Liberalisierungsschritte

Was wurde aus „Schöner Wohnen? Perspektiven der Wohnungspolitik“? Das Heft 1 im Kurswechsel aus 1993 wirkt zunächst genauso aktuell wie vor mehr als 30 Jahren. Althaler und Dimmel (1993) schreiben im Vorwort: „Gleich in mehrfacher Hinsicht haben wir es hier mit einem Gemenge von Staats- und Politikversagen zu tun. Doch auch wenn es keine auf den ersten Blick einsichtige Wahrheit der Wohnungsmisere gibt: auf der Hand liegt, dass Wohnen mehr denn je eine Frage der Umverteilungspolitik und regulativer staatlicher Vorordnung ist.“ (S. 5) Die Ausgangsbasis ist eine andere als heute, die Verländerung der Wohnbaufördersysteme und die Entwicklung regionaler Fördersysteme hatte soeben begonnen – noch vor dem Hintergrund der Zweckwidmung dieser (1989 wurde die

Veränderung vollzogen) (Gmeiner 1993, S. 16). Gleichzeitig schritt die Liberalisierung des Bankensystems voran. Das Jahr 1993 prägte die Wohnbauförderlandschaft und den Wohnfinanzierungsrahmen noch durch zwei weitere Aspekte: ein neues Bausparkassengesetz und die Einführung der Mietkaufoption für Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften (Mundt/Springler 2016, 59). Getrieben wurde die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema durch die hohe Anzahl an Wohnungssuchenden, die eine neue Welle der Wohnungsnot auszulösen drohten, und die damit verbundenen Fragen der Bodenbeschaffung – gemeinsam mit der Diskussion um den zuvor gegründeten Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds – und den steigenden Finanzierungsproblemen der Wohnbaufördergelder. Salzburg kämpfte mit steigenden Wohnkosten; Wien mit einem Überbelagsproblem. Die steigende Bevölkerung bedingt durch geburtenstarke Jahrgänge der 1980er Jahre, die jungen Erwachsenen und damit Wohnungssuchenden der Baby-Boomer Generation, sowie Zuwanderung stießen auf die Ergebnisse rückläufiger Wohnproduktion der 1980er Jahre (Faßmann/Münz 1993, S. 25) und hatte zu steigenden Wohnpreisen geführt. Der steigende Preisdruck wird auch durch die Betrachtung der allgemeinen Immobilienpreise entsprechend der Zeitreihendarstellung der Oesterreichischen Nationalbank deutlich (OeNB 2024a). Abb. 1 zeigt die Entwicklungen beginnend mit 1986 (dem Beginn der Datenreihe) bis 1993 und dann in 10-Jahres-Schritten. Die Preise gemessen am Index für Wohnimmobilien stiegen in der kürzeren Periode von 1986–1993 um 250 % an. Die nachfolgende Dekade von 1993–2003 war im Vergleich dazu durch stagnierende Preise, sogar leicht sinkende Preise gekennzeichnet. Nach dieser Betrachtung verzeichneten auch die nachfolgenden Dekaden 2003–2013 und 2013–2023 nicht mehr diese Preisdynamik, wie die Periode bis 1993. Gleichzeitig muss jedoch bedacht werden, dass vor allem die beiden letzten angeführten Dekaden, jeweils durch massive konjunkturelle Einbrüche gekennzeichnet sind, die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/09 und die COVID-19 Pandemie 2020–2022. Im Vergleich zu Referenzstaaten wie Deutschland oder zum EU-Durchschnitt hatte Österreich auch in den Jahren 2020–2022 eine größere Wohnpreisdynamik ausgewiesen, ebenso war der prozentuelle Rückgang der Entwicklung in 2023 geringer als in Deutschland (OeNB 2024b).

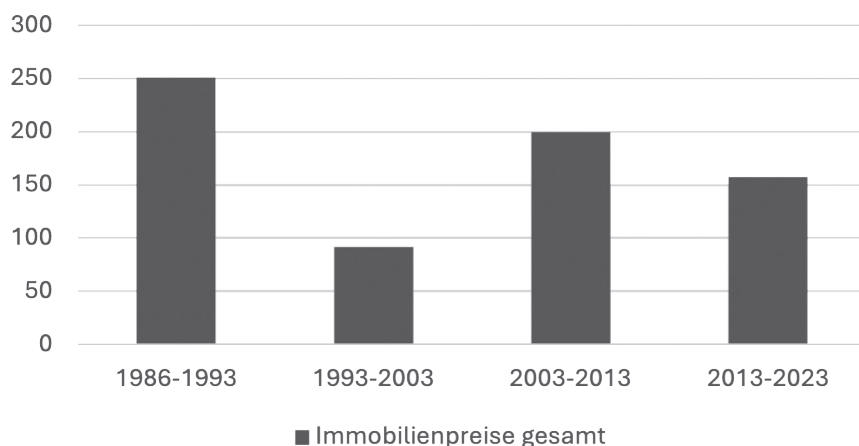


Abbildung 1: Entwicklung des Immobilienpreisindex in Österreich

Quelle: OeNB (2024a); eigene Berechnungen; eigene Darstellung

Trotz dieser Wohnpreisdynamik wird Österreich im internationalen Vergleich auch heute noch als best practice Beispiel für leistbaren Wohnbau herangezogen. Beispielsweise wird im OECD Report „*Brick by Brick*“ aus dem Jahr 2021 (OECD, 2021) der österreichische sozial geschützte (durch gemeinnützige Wohnungsgesellschaften und Gemeindewohnungen geschaffene) Wohnungsmarkt nicht nur als leistbar, sondern auch als sozial und ökologisch nachhaltig beschrieben. Damit haben die strukturellen Besonderheiten der österreichischen Wohnungspolitik trotz der zahlreichen Veränderungen der letzten 30 Jahre einen wesentlichen positiven Beitrag zur Leistbarkeit geleistet.

Der öffentliche Sektor und seine Bedeutung für die Wohnungswirtschaft

Gerade die strukturell institutionelle Ausgestaltung der österreichischen Wohnungspolitik – der sogenannte „dritte Weg“ (Streimelweger 2021) – hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Reibungsflächen auf europäischer Ebene geführt, die vor allem nach den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2009 in den Heften des Kurswechsel Eingang fanden (insbesondere in das Kurswechsel-Heft *Wohnen* aus 3/2014).

Auf Basis der nach der Finanz- und Wirtschaftskrise verschärften bzw. konkretisierten fiskalischen Kriterien der Europäischen Union, werden die Effekte der Verschuldungsgrenzen und die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Forderungen nach einem Zurückdrängen der Aufgaben des Staates für den Wohnungsmarkt im Kurswechsel Heft 3/2014 diskutiert. Als solche werden das EU-Wettbewerbsrecht und die Beihilfebestimmungen zentral, die eine Einmischung der Europäischen Union in die nationalstaatlich geregelte Wohnungspolitik der Nationalstaaten darstellen, wie Streimelweger (2014) verdeutlicht. Die markliberale Betrachtung der Europäischen Union im Hinblick auf die Wohnungspolitik steht insbesondere im Gegensatz zur Struktur der österreichischen Gemeinnützigkeit. Die Folge war, dass Mitte der 2010er Jahre Modelle der Gemeinnützigkeit unter Druck geraten sind, wobei der Fall der niederländischen „Wocos“ (woningcorporaties) gemeinwohlorientierter Wohnungsgesellschaften, die der Struktur der österreichischen gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften ähnlich waren, wenn auch ihr finanzielle Unabhängigkeit vergleichsweise größer war (Amann et al 2010, 60), maßgeblich für den Sektor war. Die Entscheidung der EU-Kommission legte im Jahr 2010 einen Umbau des niederländischen Systems nahe. Zwar konnte verdeutlicht werden, dass das österreichische System der Gemeinnützigkeit keinerlei EU-Wettbewerbsverletzungen nach sich zieht, doch hat das neoliberale politische Umfeld auch in den Folgejahren zu Überprüfungen der nationalstaatlichen Strukturen des sozialen Wohnbaus geführt (Shah 2014). Das Bild des sozialen Wohnbaus bekam den Beigeschmack einer überproportionalen nationalstaatlichen Einmischung, statt ihn als wesentliche Säule der wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung ins Zentrum zu rücken. Riessland (2014) sieht darin einen Angriff auf das in seiner Darstellung effizient funktionierende österreichische Wohnungsmarktmodell, das durch die bestehende Struktur der Gemeinnützigkeit und der Wohnbauförderung auch „ohne Aufwendung von Budgetmitteln zu beachtlichen wirtschaftlichen Effizienzsteigerungen gegenüber dem Wirken ‚freier Märkte‘“ (Riessland, 2014 27) führt.

Mit einem Blick auf die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt und insbesondere am Mietwohnungsmarkt der letzten Jahre (2020/2022) wird die Bedeutung des Gemein-

nützigen Sektors für die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum einmal mehr deutlich. Abbildung 2 stellt die Entwicklung der Mieten zwischen Gemeinnützigen Bauvereinigungen (GBV) und dem freien Mietwohnungssektor (Private) in den Jahren 2020 und 2022 gegenüber.

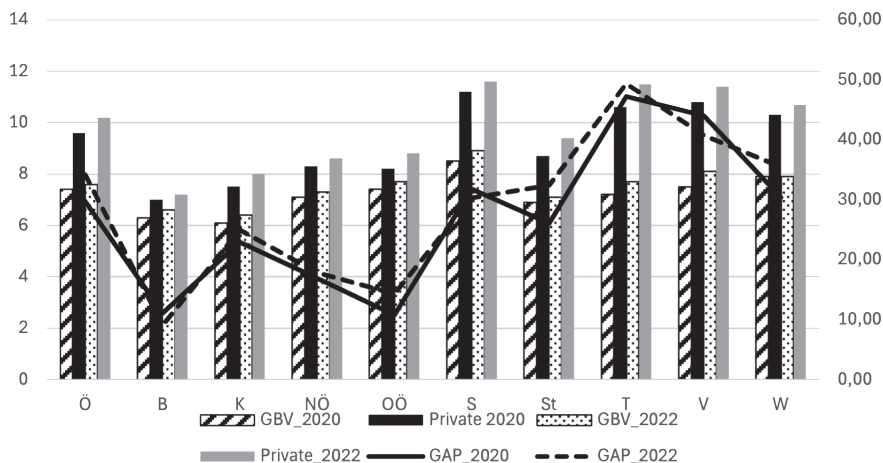


Abbildung 2: Vergleich Mieten pro m² GBV und Private

Linke Achse: Mieten pro m²; rechte Achse: Unterschied zwischen Miete GBV und Private in Prozent

Quelle: IIBW (2021, 2023); eigene Berechnungen; eigene Darstellung

Dabei zeigt sich, dass in allen Bundesländern der sozial geschützte Mietwohnungsmarkt zu deutlich geringeren Mieten führt als der freie Mietwohnungsmarkt. Der Abstand in den Mieten zwischen den Subsektoren am Mietwohnungsmarkt gemessen als prozentuelle Abweichung der Miete pro m² hat im Jahr 2022 im Vergleich zu 2020 österreichweit weiter zugenommen, wobei die einzelnen Bundesländer deutliche Unterschiede in der Abweichung und in der Dynamik aufweisen. Das Burgenland ist das Bundesland mit den geringsten Mieten im privaten Mietwohnungsmarkt und der Abstand zu den Mieten der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften ist hier ebenfalls österreichweit am geringsten. Im Gegensatz dazu weist Tirol sowohl 2020 als auch 2022 den größten prozentuellen Unterschied auf und mit 11,5 EUR pro m² auch das zweithöchste Niveau (nur noch von Salzburg mit 11,6 EUR pro m² übertroffen) an Mieten im privaten Sektor auf. Ein Aspekt, der gerade im Hinblick auf das Auseinanderklaffen der allgemeinen Versorgung mit leistbarem Wohnraum in den einzelnen Bundesländern in den Analysen seit Jahrzehnten immer wieder zum Ausdruck kommt, ist die Effektivität der Wohnbauförderung, wobei hier der Objektförderung und damit der direkten Bereitstellung von leistbarem Wohnraum durch niedrig verzinsten Darlehen oder Annuitätenzuschüsse an Bauträger als Beitrag zur Daseinsvorsorge einer höheren Effizienz zugeschrieben wird als der Subjektförderung (Streimelweger 2021). Eva Bauer (1993: 49) argumentiert in diesem Zusammenhang auch, dass durch eine volumensstarke Wohnbauförderung als Objektförderung zwar auch mittlere Einkommensschicht mitgefördert werden und damit das mögliche Potential an Umverteilungswirkung nicht ausschöpft wird, aber gleichzeitig soziale Durchmischung gefördert wird.

Während die Jahrzehnte von Anfang der 1990er Jahre bis Anfang der 2010er Jahre

durch die schrittweise Liberalisierung der Wohnbauförderlandschaft geprägt waren, beginnend mit der Verländerung Anfang der 1990er Jahre bis hin zur Aufhebung der Zweckwidmung der Bundesförderungen (Mundt/Springler 2016: 10), sinkt in den letzten Jahren auch die Bedeutung der Landesmittel kontinuierlich. Durch hohe Rückflüsse aus früheren Verwendungsperioden und sinkenden Ausgaben für Wohnbauförderung konnten im Jahr 2022 einige Bundesländer ihre Förderausgaben ausschließlich durch Rückflüsse decken (IIBW 2023: 18).

Neue Perspektiven auf die Wohnungswirtschaft: Kommodifizierung und Nachhaltigkeit

In den letzten Jahren haben, geprägt durch die Effekte der Niedrigzinsphase der EZB und die Notwendigkeit nach einer sozial-ökologischen Transformation in der kapitalistischen Produktionsweise, zwei Aspekte die wohnpolitische Diskussion bereichert und die Notwendigkeit für einen starken sozialen Wohnungssektor befeuert: die steigende Kommodifizierung des Wohnens und die Bedeutung von Klimaschutz in der Wohnproduktion und -sanierung. Dabei ist die Frage nach der Nutzung von Boden das verbindende Element zwischen den Argumentationslinien.

Betrachtet man die Kurswechsel Hefte 1993/2014/2021 im Hinblick auf ihr Verständnis für die Bedeutung von Grund und Boden in der Wohnungswirtschaft, wird der Wandel in der Wahrnehmung deutlich. Vorherrschend in den Debatten in den 1990er Jahren war die Nutzbarmachung von Boden für die direkte Wohnproduktion, der Fokus lag hauptsächlich auf der Schaffung des ausreichenden Volumens für die Wohnproduktion (etwa Fassmann/Münz 1993). Gleiches gilt für die Argumentation in 2014 vor dem Hintergrund der Prognosen eines steigenden Zuzugs in Wien. Es wird eine verbesserte Flächenvorsorge gefordert, wobei großflächige Verbauungen des Nord-, Aspeng-, und Hauptbahnhofs dabei bereits gewidmet oder vollendet (= bebaut) waren. Baulandreserven für die Zukunft seien zu gering und Nachverdichtungen gefordert (Pichler 2014). Eine Ausnahme zu diesen auf die primäre Wohnversorgung konzentrierten Argumentationslinien stellt die Betrachtung von Firlei (1993) auf die Bodenbevorratung und Raumordnung in Salzburg dar. Firlei (1993: 57) attestiert hier bereits in den 1990er Jahren einen Umverteilungsprozess: *„Von Wohnungssuchenden und Mietern zu Spekulanten, von Steuerzahlern zu Nutznießern der Zersiedelung, von jenen, denen die Lasten der Naturzerstörung und des Pendelns auferlegt werden, zu den Beziehern fetter Bodenrenten“*. Im Hinblick auf die in Abbildung 2 dargestellten höchsten Mieten und massiver Dynamik am freien Mietwohnungssektor in Salzburg lässt sich der Bogen der Entwicklung bis heute spannen. Die Hortung bereits umgewidmeten Baulands, ohne eines Bebauungszwangs und ohne von den Grundeigentümer:innen eine „Gegenleistung“ zu verlangen“ wird als weiterer Grund für die steigenden Bodenpreise angeführt (Firlei 1993: 57). Steigende Bodenpreise bringen wiederum das System des leistbaren Wohnbaus der Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften unter Druck, da im Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (WWFSG) die Grundkosten für geförderten Wohnbau gedeckelt sind (Müller 2023).

Doch es ist nicht nur die Spekulation, sondern auch die Versiegelung von Boden, die den Forderungen nach einer adäquaten Flächenbevorratung, Leerstandkataster, Bau-

lückenmanagement oder Widmungen als Vorbehaltsfläche für den geförderten Wohnbau Nachdruck verleiht, wie es Gerlind Weber (2021) in ihrem Debattenbeitrag *Raumplanungsentscheidungen im Spannungsfeld von konsequentem Bodenschutz und leistbarem Wohnen* im Kurswechsel 3/2021 verdeutlicht. Neben der Frage der Bodenversiegelung ist die Sanierung und Adaptierung von Wohnbestandsgebäuden zur energetischen Verbesserung wesentlich, mit hohem finanziellem Aufwand verbunden und bedarf öffentlicher Mittel (siehe unter anderem Amann et al 2022).

Nicht nur Boden wird zunehmend kommodifiziert, sondern auch das Gut Wohnen an sich. Heinz (2014) beschreibt in seinem Kurswechsel-Beitrag vom *Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände* den umfangreichen Verkauf von vornehmlich genossenschaftlichen oder kommunal betriebenen Wohnanlagen in Deutschland seit den 2000er Jahren und vergleicht dies mit dem Ausverkauf und der Privatisierung von Wohnbaugesellschaften in Österreich unter der schwarz-blauen Bundesregierung Anfang der 2000er Jahre. Finanzinvestor:innen halten Einzug in den vormals sozialen Wohnungsbestand und treiben die Bestandserosion voran. Die Niedrigzinsphase von Mitte der 2010er Jahre bis zur COVID-19 Pandemie befeuert auch die Finanzialisierungsprozesse des Wohnens in Österreich (siehe Wöhl/Springler 2020), Wohnraum wird als Spekulationsobjekt und Betongold als Alternative zu gering verzinsten Wertpapieren hoher Bonität wie Staatspapieren gehalten. Hinzu kommt das durch Liberalisierungsforderungen getriebene Projekt der Vorsorgewohnungen mit einem Fokus auf Wien. Die folgenden Jahre der COVID-19 Pandemie bringen die Wohnpreise nicht zum Sinken (erst 2023 bringt eine Trendwende in der Preisdynamik, OeNB 2024b). Gleichzeitig hat die Pandemie neue Wohnbedarfe gezeigt, wie Reinprecht (2021) in der Debatte im Kurswechsel 3/2021 unter anderem beschreibt: beengte Wohnverhältnisse haben zu verstärkten psychischen Belastungen geführt, gleichzeitig hat die hohe Anzahl an Einpersonenhaushalten die soziale Distanz erhöht und Fragen der Pflegebedarfe erneut ins Zentrum gerückt. Schließlich hat der verstärkte Wunsch nach „Grün“ und Freiflächen vor allem die Wohnpreise in den Speckgürteln zu zentralen Lagen steigen lassen.

Die Perspektiven auf die Wohnungspolitik aus heutiger Sicht

Was bleibt von den Perspektiven auf die Wohnungspolitik aus den 1990er Jahren? Keines der Themen der 90er Jahre konnte gelöst werden oder erscheint heute nicht mehr relevant; im Gegenteil, die Notwendigkeit nach leistbarem Wohnen ist höher denn je. Der institutionell-strukturelle Unterbau der österreichischen Wohnungspolitik ist an manchen Stellen gebröckelt (Stichwort: Struktur der Wohnbauförderung), konnte sich an anderen Stellen als Vorzeigesystem im internationalen Vergleich behaupten (Stichwort: Gemeinnützigkeit) und hat mit zahlreichen neuen Facetten einer breiten Umgestaltungsagenda der Proponent:innen neoliberaler Wirtschaftspolitik zu kämpfen. Das gesellschaftliche Umfeld hat sich verändert, der Wunsch, durch Eigentum eine Absicherung und Vorsorge zu schaffen, ist angesichts hoher Unsicherheit und Zukunftsangst, die durch die sozialen und ökonomischen Einschnitte der Krisen der letzten Jahre – COVID-19 Pandemie und Inflation – weiter zugenommen hat, gestiegen und wird wirtschaftspolitisch nicht zuletzt durch das Wohnbaukonjunkturpaket der letzten Bundesregierung unterstützt. Wohnen ist mehr als eine Behausung, es ist kein normales

ökonomisches Gut, daher gilt es, der Kommodifizierung des Wohnens mit einem umfangreichen sozialen Wohnungsmarkt entgegenzutreten und den dafür nötigen institutionellen wie ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen.

Literatur

- Althaler, K./Dimmel, N. (1993): Vorwort, in: Kurswechsel 1/1993, S. 5–6.
- Amann W./Bauer E./Komendantova N./Oberhuber A./Springler E. (2022): Studie zur langfristigen Finanzierung der Wärmewende (Endbericht), Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, downloadbar: <https://iibw.at/de/forschungs-datenbank/download/file?fid=48.75> (letzter Zugriff 6.2.2025).
- Amann, W./Mundt, A./Springler E. (2010): Berichtsstandard Wohnbauförderung, Wien, IIBW, im Auftrag des Landes Wien.
- Bauer, E. (1993): Frage und Probleme der Umverteilung im Wohnungswesen, in: Kurswechsel 1/1993, S. 45–52.
- Fassmann, H./Münz, R. (1993): Wohnungsbedarf und wohnungspolitische Maßnahmen, in: Kurswechsel 1/1993, S. 25–30.
- Firlei, K. (1993): Bodenlose Ordnung, in: Kurswechsel 1/1993, S. 57–62.
- Gmeiner, H. (1993): Wie soll der soziale Wohnbau der 90er Jahre aussehen? in: Kurswechsel Schöner Wohnen? Perspektiven der Wohnungspolitik 1/1993, S. 7–24.
- Heinz, R. (2014): Vom Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände. Wer dreht hier am Privatisierungskarussell?, in: Kurswechsel 3/2014, S. 48–54.
- IIBW (2021): Wohnbauförderung in Österreich 2020, IIBW: Wien.
- IIBW (2023): Wohnbauförderung in Österreich 2022, IIBW: Wien.
- Müller, H. L. (2023): Wohnbauland in Wien: Preistreiber Privatunternehmen, A&W Blog, downloadbar: <https://www.awblog.at/Kommunales/wohnbauland-in-wien-preistreiber-privatunternehmen> (letzter Zugriff 6.2.2025).
- Mundt A./Springler, E. (2016): Milestones in Housing Finance in Austria over the Last 25 Years, in: Lunde, J./Whitehead Ch. (Eds.) Milestones in European Housing Finance, Wiley&Sons, S. 55–71.
- OECD (2021): Brick by Brick: Building Better Housing Policies, OECD Publishing, downloadbar: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2021/05/brick-by-brick_ebo10639/b453b043-en.pdf (letzter Zugriff 5.2.2025).
- OeNB (2024a): Schwerpunkt Immobilienanalyse, Daten, Datenblatt Österreich, downloadbar: https://www.oenb.at/dam/jcr:c4683713-cd67-48c9-a9f1-41f135fd872c/Immobilienanalysen_Oesterreich_1Q2024.xlsx (letzter Zugriff 03.02.2025).
- OeNB (2024b): Schwerpunkt Immobilienanalyse, Datenblätter, Datenblatt International, downloadbar: https://www.oenb.at/Geldpolitik/schwerpunkt_immobilienmarktanalyse.html (letzter Zugriff 04.02.2025).
- Parlament Österreich (2024): Budgetdienst, Konjunkturpaket für den Wohnbau Analyse, downloadbar <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Konjunkturpaket-fuer-den-Wohnbau.pdf> (letzter Zugriff 5.2.2025).
- Pichler, Ch. (2014): Baulandbedarf in Wien – Baulandmobilisierung und städtebauliche Nachverdichtung, in: Kurswechsel 3/2014, S. 6–12.
- Reinprecht, Ch. (2021): Sozialer Wohnbau in Zeiten der Pandemie, in: Kurswechsel 3/2021, S. 114–118.
- Riessland, B. (2014): Das österreichische Wohnungsmarktmodell – der Versuch einer effizienten Marktsteuerung, in: Kurswechsel 3/2014, S. 20–28.
- Shah, N. (2014): Der soziale Wohnbau und das EU-Wettbewerbsrecht, A&W Blog, downloadbar: <https://www.awblog.at/Europa/der-soziale-wohnbau-und-das-eu-wettbewerbsrecht> (letzter Zugriff 6.2.2025).
- Streimelweger, A. (2014): Die Europäische Union und der soziale Wohnbau – ein Spannungsverhältnis, in: Kurswechsel 3/2014, S. 29–39.
- Tockner, L./Streimelweger, A. (2014): Editorial, in: Kurswechsel 3/2024, S. 3–5.
- Weber, G. (2021): Raumplanungsentscheidungen im Spannungsfeld von konsequentem Bodenschutz und leistbarem Wohnen, in: Kurswechsel 3/2021, S. 119–125.